

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Herbst 2024

Michael Berlemann | Jörg Hinze



HWWI Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 3/2024

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | September 2024

Holprige deutsche Konjunktur

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.
Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Nach einem kleinen Plus im 1. Quartal dieses Jahr gab es für die deutsche Wirtschaft im 2. Quartal erneut einen leichten Rückschlag. Insgesamt „dümpelt“ die deutsche Konjunktur nun schon seit Anfang 2022, nachdem der Corona bedingte Einbruch aufgeholt wurde, ohne klare Richtung herum. Industrie und Bauwirtschaft stecken weiterhin in der Krise; die Investitionen sinken. Die Konjunkturerwartungen konzentrieren sich auf den privaten Konsum. Die Realeinkommen der privaten Haushalte und damit deren Kaufkraft sind inzwischen wieder merklich gestiegen, allerdings flossen diese aufgrund erhöhter Unsicherheiten vornehmlich in die Ersparnis. Mit weiterer Zunahme der Realeinkommen und Normalisierung der Sparneigung sollte sich gleichwohl zumindest der private Konsum beleben. Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) erwartet deshalb weiterhin für die deutsche Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf 2024 und dann auch für 2025 eine leichte Erholung; in den Jahresdurchschnitten 2024 bzw. 2025 dürfte das Wirtschaftswachstum 0,2 % bzw. 1 % betragen. Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise ist im August mit 1,9 % zwar wieder knapp unter die Stabilitätsmarke von 2 % gesunken, allerdings teils dank Basiseffekten und günstiger Kraftstoffpreise und deshalb wohl zunächst nur vorübergehend. Die Kerninflationsrate liegt noch bei 2,8 %. Ein nachhaltiges Erreichen der Stabilitätsmarke dürfte schwierig bleiben, denn zum einen hat sich die Entwicklung der Preise auf den vorgelagerten Stufen seit Jahresbeginn gedreht; sie steigen zumeist wieder. Zudem bremsen die infolge höherer Löhne deutlich steigenden Dienstleistungspreise den Disinflationsprozeß. So wird für den Verbraucherpreisindex für 2024 und 2025 jeweils mit einem durchschnittlichen Anstieg von etwas über 2 % gerechnet. Die anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten beinhalten einige Risiken für die Weltwirtschaft, und damit auch für diese Prognosen. Und das geplante Wachstumschancengesetz kann nur ein erster Schritt zur Verbesserung der heimischen Rahmenbedingungen sein. Unter diesen Bedingungen ist damit zu rechnen, dass auch der erwartete Erholungsprozess eher holprig verläuft.

Deutsche Wirtschaft dümpelt weiter vor sich hin

Nachdem das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal dieses Jahres um 0,2 % gestiegen war, ist es im zweiten Quartal wieder um 0,1 % gesunken. Diese Schwankungen im Einzelnen zu bewerten, ist aus verschiedenen Gründen schwierig. Zum einen liegen diese geringen Veränderungen im „normalen“ Revisionsbereich des Statistischen Bundesamtes. Zum anderen ließen sich der geringe Anstieg im ersten Quartal wie auch der minimale Rückgang im zweiten Quartal schon durch die saisonbereinigte Entwicklung der – im ersten Quartal witterungsbegüns-

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

© HWWI

tigten – Bauinvestitionen erklären, m.a.W. die saisonbereinigten, leichten Schwankungen des BIP waren weniger konjunktur-, als vielmehr – trotz Saisonbereinigungsverfahren – witterungsbedingt. Das Statistische Bundesamt weist selbst darauf hin, dass „die aktuellen Ergebnisse des BIP ... mit größeren Unsicherheiten als sonst üblich behaftet“ sind. Aussagefähiger sind momentan eher längerfristige Vergleiche. So lag das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt zuletzt exakt auf dem Niveau von Anfang 2022 und nur knapp über dem Niveau des vierten Quartals 2019, vor Ausbruch der Coronakrise in den Jahren 2020/21. Das bedeutet, dass die deutsche Wirtschaft seit zweieinhalb Jahren tendenziell stagniert und es nicht geschafft hat, nach Überwindung der Coronakrise einen neuen Wachstumspfad einzuschlagen. Vielmehr dümpelt sie seit 2 Jahren um das Vor-Corona-Niveau herum. Die deutlichsten Zeichen der Wachstumsschwäche zeigen sich in den Unternehmensinvestitionen; die realen Ausrüstungsinvestitionen lagen zuletzt mehr als 10 % unter Vor-Corona-Niveau, bei weiter sinkender Tendenz. Gleichzeitig waren die realen Konsumausgaben des Staates auch zuletzt noch um fast 10 % höher.

Sicherlich spielten dabei die geopolitischen Probleme in dieser Zeit mit ihren darüber hinausgehenden Auswirkungen auf Handelsbeziehungen und Weltmarktpreise, in Deutschland nicht zuletzt in Form der Energiekrise, eine gewichtige Rolle. Allerdings haben in jüngerer Vergangenheit auch ungünstige heimische Rahmenbedingungen an Gewicht gewonnen. Dabei haben jüngst insbesondere politische Querelen um die Haushaltspolitik, die künftige Wirtschaftspolitik und die Migrationspolitik für Verunsicherung bei Unternehmen und in der breiten Öffentlichkeit geführt. Die privaten Haushalte haben die in diesem Jahr wieder deutlich gestiegenen Realeinkommen zunächst dazu genutzt, ihre (Vorsichts-)Ersparnis zu erhöhen. Die erwartete Konsumbelebung und damit Konjunkturerholung blieb so bislang aus.

Schwächer noch als die Konsumnachfrage entwickelten sich im bisherigen Jahresverlauf die Investitionen. Die Bauinvestitionen, insbesondere im Wohnungsbau, gingen nach lediglich witterungsbegünstigtem Anstieg im erstem Quartal weiter zurück. Aber auch die Unternehmen haben ihre Investitionen deutlich verringert, sei es wegen der schwachen In- wie Auslandnachfrage, der niedrigen Kapazitätsauslastung oder der ungünstigeren heimischen Rahmenbedingungen; letztere verstärken denn auch Überlegungen zu vermehrten Auslandsinvestitionen. Und auch die realen Warenexporte verringerten sich bei schwierigem weltwirtschaftlichem Umfeld im 2. Quartal. Lediglich die staatlichen Konsumausgaben stiegen trotz offensichtlicher Finanzierungsschwierigkeiten weiter an.

Arbeitsmarkt und Inflation relativ positiv, aber nicht ohne Probleme

Angesichts der nun schon über einen längeren Zeitraum andauernden Seitwärtsbewegung der deutschen Konjunktur ist der anhaltende, wenn auch nachlassende Anstieg der Erwerbstätigkeit zunächst erstaunlich. Eine Erklärung ist, dass in einigen öffentlichen Bereichen die Beschäftigung ausgeweitet wurde, eine weitere, dass teils der von vielen Unternehmen beklagte Arbeitskräftemangel im Zuge der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots, nicht zuletzt durch Zuwanderung, zu weiteren Neueinstellungen führte. Dabei hat besonders die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugenommen, während die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten und auch die der Selbständigen rückläufig war. Wenn trotz guter, teils angespannter Beschäftigungssituation die Zahl der Arbeitslosen auf 6,1 % (Vor-Corona-Niveau: 5,0 %) gestiegen ist, dann ebenfalls vor allem aufgrund der Zuwanderung, denn auch die Bevölkerung und damit die Zahl der Erwerbspersonen hat in den letzten Jahren merklich zugenommen. Nachteil einer derart auseinanderlaufenden Entwicklung von Konjunktur und Beschäftigung ist eine sich verschlechternde gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung und ein bei zunehmenden Lohnsteigerungen beschleunigter Arbeitskostenanstieg; die Lohnstückkosten lagen zuletzt bei einem aktuellen Anstieg um 7 % gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % höher als vor 5 Jahren, vor Corona. Die aktuell schwache Produktivitäts- und beschleunigte Arbeitskostenentwicklung erschweren eine nachhaltige

Eindämmung der Inflation.

Dass der Anstieg der Verbraucherpreise gleichwohl mit zuletzt 1,9 % knapp unterhalb der Stabilitätsmarke von 2 % lag, resultiert vor allem aus den teils kräftigen Preisrückgängen auf den vorgelagerten Stufen bis Frühjahr dieses Jahres, im August auch aus Basiseffekten und besonders günstigen Kraftstoffpreisen. So lag bei den Erzeugerpreisen im Juli die Vorjahresrate trotz leichtem Wiederanstieg der Preise seit Frühjahr insgesamt noch um knapp 1 % unter Vorjahresniveau, die für Ver- und Gebrauchsgüter aber bereits darüber. Auch die Importpreise liegen erst knapp über Vorjahresniveau, ziehen aber bereits wieder merklich an. Die sogenannte Kerninflationsrate beträgt denn auch noch 2,8 %. Zudem ist, wie beschrieben, der Anstieg der Arbeitskosten momentan recht hoch, und dürfte sich erst allmählich an die verringerte Inflationsrate anpassen.

Konjunkturerwartungen beruhen weiter auf privatem Konsum

Die Konjunkturoffnungen für den restlichen Jahresverlauf 2024, aber auch darüber hinaus, ruhen weiterhin vor allem auf dem privaten Konsum. Die Realeinkommen der privaten Haushalte und damit deren Kaufkraft dürften weiter steigen. Die Tarifabschlüsse in diesem Jahr liegen deutlich über der Inflationsrate. Wichtig wird sein, dass sich die Stimmung auf Verbraucherebene allmählich bessert und sich die Sparneigung normalisiert; auch die eingeleitete Zinswende dürfte Sparen weniger attraktiv machen. Dann sollte sich zumindest der private Konsum beleben. Kurzfristig, wenn die Sparneigung zurückgeht, könnte dies auch einen stärkeren Impuls auslösen.

Bei den Investitionen, sowohl was den Baubereich wie auch die Unternehmen betrifft, scheint das negative Momentum zumindest nachzulassen. Bei den Bauinvestitionen deuten darauf sinkende Zinsen, geringer werdende Baupreissteigerungen und wieder zunehmende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, wenn zunächst auch nur im Tiefbau, hin. Bei den Unternehmen sollten die sich belebende Konsumnachfrage und aufgeschobener Ersatzbedarf den Abschwung der Investitionen dämpfen. Unterstützt werden könnte die Konjunktur neben dem privaten Verbrauch noch durch eine sich stabilisierende Weltwirtschaft und damit allmählich wieder zunehmende Auslandsnachfrage. Positive Impulse seitens wichtiger Verwendungsaggregate auf der einen Seite, verringerte negative Impulse seitens weniger gewichtiger Aggregate sollten insgesamt eine Stabilisierung der Konjunktur bewirken. Die Wirtschaftsleistung könnte unter diesen Bedingungen im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder zulegen. Im Durchschnitt des Jahres 2024 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt mit 0,2 % nur geringfügig zunehmen.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe dürfte sich in der Grundtendenz in den kommenden Monaten kaum abschwächen. Die preisdämpfenden Einflüsse seitens der vorgelagerten Stufen lassen nach, der Kostendruck aufgrund der kräftigen Tariflohnsteigerungen bleibt hoch. Bei den Energiepreisen, die noch dämpfen, sind ebenfalls die Aufwärtsrisiken größer. Basiseffekte drücken in einzelnen Monaten, wie im August, die Inflationsrate zwar in Richtung 2 %, dürften sie aber zum Jahresende hin auch wieder erhöhen. Auch wenn die Lohnabschlüsse sich künftig mehr und mehr an der aktuellen Inflationsentwicklung orientieren, werden sie einige Zeit nachwirken und erst im Laufe des nächsten Jahres den Kostendruck senken. Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich mit abzeichnender Belebung der Konjunktur und bei eher langsamerer Zunahme der Erwerbsbevölkerung allmählich verbessern; die Zahl der Arbeitslosen dürfte dann wieder abnehmen.

Moderate Konjunkturerholung für 2025 erwartet

Auch bei der erwarteten allmählichen Belebung der Wirtschaft im restlichen Verlauf dieses Jahres bleiben die Rahmenbedingungen für 2025 schwierig. Die geopolitischen Risiken – vor allem Nahostkonflikt und Ukrainekrieg – bleiben präsent und beeinträchtigen, selbst wenn keine weiteren Eskalationen eintreten, die Entwicklung der Weltwirtschaft. Hierzulande ist die Politik bei der Lösung der strukturellen und wirtschaftspolitischen Probleme ebenfalls noch nicht nachhaltig

vorangekommen. Vielmehr halten die Querelen um die Finanzierung der öffentlichen Haushalte, Bürgergeld und Maßnahmen zur Verbesserung der Standort- und Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft an. Das sorgt für Unsicherheit und beeinträchtigt die Wachstumsbedingungen.

Insofern ruhen die Konjunkturerwartungen auch für 2025 vor allem auf dem privaten Konsum. Dieser sollte weiterhin von den Tariflohn- und realen Einkommenssteigerungen profitieren, zudem von einer wahrscheinlich wieder niedrigeren Sparneigung, zumal sich der eingeleitete Zinssenkungsprozess fortsetzen dürfte. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen dürfte eher zurückhaltend bleiben, einmal weil eine Verbesserung der Rahmenbedingungen nur zögernd vorankommt und dann Zeit braucht, aber auch weil die Kapazitätsauslastung niedrig ist; lediglich Ersatzinvestitionen und einige geförderte Auslands-Großinvestitionen dürften stabilisierend wirken. Ähnliches gilt für die Bauinvestitionen; hier liegen die Hoffnungen auf der Geldpolitik und darauf, dass die erwarteten Zinssenkungen auch die Bautätigkeit, insbesondere den Wohnungsbau, wiederbeleben. Unter diesen Bedingungen wäre für 2025 eine moderate konjunkturelle Aufwärtsentwicklung zu erwarten; im Jahresdurchschnitt wird das Wirtschaftswachstum dann rund 1 % betragen.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe könnte sich im Verlauf von 2025 weiter allmählich abschwächen. Dies vor allem, weil sich die Lohnforderungen stärker an der Inflationsentwicklung orientieren und entsprechend geringer als in letzter Zeit ausfallen dürften. Dann ist in der zweiten Jahreshälfte 2025 das Stabilitätsziel der EZB von 2 % durchaus dauerhaft erreichbar. Im Jahresdurchschnitt 2025 wird die Anstiegsrate für den privaten Lebenshaltungskostenindex aber noch etwas darüber bleiben. Bei dem erwarteten moderaten Konjunkturanstieg im nächsten Jahr werden die Unternehmen ihre Beschäftigung weiter allmählich erhöhen. Die Zahl der Arbeitslosen wird dann wieder sinken, vermutlich aber nur leicht, da das Erwerbspersonenpotenzial weiter zunehmen dürfte.

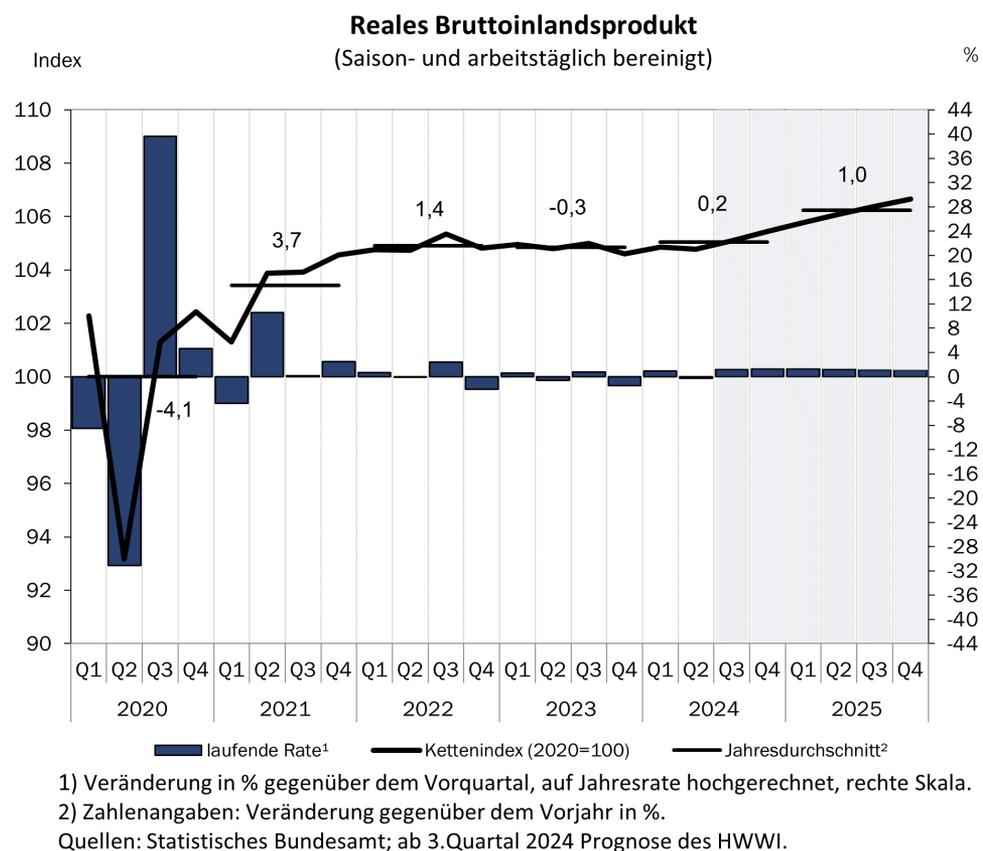


Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

Risiken für ungünstigere Entwicklung in 2025 größer als Chancen

Die Risiken, dass die geopolitischen Rahmenbedingungen sich verschlechtern, sind aktuell größer als für eine Verbesserung. Und auch die Politik hierzulande lässt, zumal im kommenden Jahr anstehender Bundestagswahlen und unterschiedlicher Parteieninteressen, keine grundlegenden wachstumsorientierten Reformen erwarten. Sowohl von der einen wie auch der anderen Seite kann es daher immer wieder unterschiedliche, eher negative Impulse geben, die das Verhalten der Wirtschaftssubjekte – privaten Verbrauchern wie Investoren – beeinflussen. Entsprechend holprig dürfte angesichts eines ohnehin allenfalls nur schwachen Wachstumstrends dann die weitere konjunkturelle Entwicklung verlaufen.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2021, 2022 und 2023 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2021	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,7	1,4	-0,3	0,2	1,0
Private Konsumausgaben	2,3	5,6	-0,4	0,6	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,4	0,1	-0,1	1,6	-0,4
Anlageinvestitionen	0,6	-0,2	-1,2	-2,5	1,5
Ausrüstungen	3,5	4,5	-0,8	-5,0	3,0
Bauten	-3,1	-3,9	-3,4	-3,1	0,1
Sonstige Anlagen	7,0	2,6	4,7	3,7	2,5
Inlandsnachfrage	3,0	2,8	-0,4	-0,2	0,7
Ausfuhr	10,0	3,1	-0,3	0,1	2,5
Einfuhr	9,0	7,0	-0,6	-0,8	2,2
Erwerbstätige	0,2	1,4	0,7	0,4	0,2
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,61	2,42	2,61	2,79	2,75
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,5	5,1	5,4	5,7	5,6
Verbraucherpreise	3,1	6,9	5,9	2,3	2,2
Finanzierungssaldo des Staates	-3,2	-2,1	-2,6	-1,8	-1,4
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	7,2	4,2	6,2	6,3	6,3

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Erwerbstätige (Inland)	0,2	1,4	0,7	0,4	0,2
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	2,1	0,0	0,4	0,1	0,2
Arbeitstage	0,1	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	2,3	1,2	0,4	0,2	0,2
Produktivität	1,3	0,2	-0,6	0,0	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	3,7	1,4	-0,3	0,2	1,0

Table 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2661,0	2944,9	3110,8	3223,8	3321,2
Private Haushalte einschl. OoE	1840,8	2075,1	2205,6	2277,3	2357,1
Staat	820,2	869,8	905,2	946,5	964,1
Anlageinvestitionen	779,2	858,3	899,9	900,3	930,8
Ausrüstungen	235,4	263,0	275,7	267,9	280,9
Bauten	404,1	446,5	466,1	465,4	476,3
Sonstige Anlagen	139,7	148,8	158,0	167,0	173,6
Vorratsveränderungen	46,6	52	7,2	12,5	19,8
Inlandsnachfrage	3486,8	3855,1	4017,9	4136,6	4271,8
Außenbeitrag	189,7	98,7	167,7	208,6	228,7
Ausfuhr	1568,3	1810,1	1816,6	1834,3	1913,4
Einfuhr	1378,6	1711,4	1649,0	1625,7	1684,6
Bruttoinlandsprodukt	3676,5	3953,9	4185,6	4345,2	4500,5
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,7	10,7	5,6	3,6	3,0
Private Haushalte einschl. OoE	5,3	12,7	6,3	3,2	3,5
Staat	6,6	6,1	4,1	4,6	1,9
Anlageinvestitionen	5,8	10,1	4,9	0,0	3,4
Ausrüstungen	5,5	11,7	4,8	-2,8	4,9
Bauten	4,9	10,5	4,4	-0,2	2,3
Sonstige Anlagen	9,0	6,5	6,2	5,6	4,0
Inlandsnachfrage	6,8	10,6	4,2	3,0	3,3
Ausfuhr	16,1	15,4	0,4	1,0	4,3
Einfuhr	18,2	24,1	-3,6	-1,4	3,6
Bruttoinlandsprodukt	6,6	7,5	5,9	3,8	3,6

Table 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2584,3	2685,0	2676,9	2700,7	2720,1
Private Haushalte einschl. OoE	1789,0	1888,8	1881,9	1892,8	1915,1
Staat	795,3	796,3	795,2	808,2	805,0
Anlageinvestitionen	741,2	739,7	730,8	712,8	723,5
Ausrüstungen	230,9	2241,3	239,3	227,2	233,9
Bauten	373,1	358,5	346,4	335,5	335,7
Sonstige Anlagen	137,1	140,8	147,4	152,8	156,6
Inlandsnachfrage	3361,3	3456,9	3442,9	3437,5	3462,9
Ausfuhr	1486,0	1531,4	1526,8	1529,0	1567,5
Einfuhr	1271,6	1360,5	1352,0	1341,2	1370,6
Bruttoinlandsprodukt	3576,2	3625,2	3615,5	3623,6	3658,1
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	2,6	3,9	-0,3	0,9	0,7
Private Haushalte einschl. OoE	2,3	5,6	-0,4	0,6	1,2
Staat	3,4	0,1	-0,1	1,6	-0,4
Anlageinvestitionen	0,6	-0,2	-1,2	-2,5	1,5
Ausrüstungen	3,5	4,5	-0,8	-5,0	3,0
Bauten	-3,1	-3,9	-3,4	-3,1	0,1
Sonstige Anlagen	7,0	2,6	4,7	3,7	2,5
Inlandsnachfrage	3,0	2,8	-0,4	-0,2	0,7
Ausfuhr	10,0	3,1	-0,3	0,1	2,5
Einfuhr	9,0	7,0	-0,6	-0,8	2,2
Bruttoinlandsprodukt	3,7	1,4	-0,3	0,2	1,0

Table 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	2,9	6,8	6,7	2,7	2,3
Konsumausgaben Staat	3,1	5,9	4,2	2,9	2,3
Anlageinvestitionen	5,1	10,4	6,1	2,6	1,9
Ausrüstungen	1,9	6,9	5,7	2,3	1,8
Bauten	8,3	15,0	8,1	3,1	2,3
Sonstige Anlagen	1,9	23,8	1,4	1,9	1,4
Ausfuhr	5,5	12,0	0,7	0,8	1,7
Einfuhr	8,4	16,0	-3,0	-0,6	1,4
Bruttoinlandsprodukt	32,8	6,1	6,1	3,6	2,6

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2526,9	2731,1	2896,0	3018,8	3122,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,7	368,2	383,0	401,3	415,5
Bruttolöhne und -gehälter	1620,5	1718,7	1846,0	1944,6	2010,3
Übrige Primäreinkommen	558,7	644,2	667,0	672,9	697,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	563,1	569,0	578,2	588,3	607,6
Nettonationaleinkommen	3090,0	3300,1	3474,2	3607,1	3730,4
Abschreibungen	710,8	797,0	858,0	884,6	916,7
Bruttonationaleinkommen	3800,8	44097,1	4332,2	4491,7	4647,1
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	2786,4	2935,9	3134,5	3229,3	3347,6
Arbeitnehmerentgelt	1968,2	2087,0	2229,0	2345,9	2425,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	818,2	848,9	905,4	883,5	921,8
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,9	8,1	6,0	4,2	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,0	5,9	4,0	4,8	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	6,1	7,4	5,3	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	3,3	4,3	6,4	4,9	3,4
Übrige Primäreinkommen	5,0	15,3	3,5	0,9	3,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	28,8	1,0	1,6	1,7	3,3
Nettonationaleinkommen	7,7	6,8	5,3	3,8	3,4
Abschreibungen	6,4	12,1	7,6	3,1	3,6
Bruttonationaleinkommen	7,5	7,8	5,7	3,7	3,5
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	7,5	5,4	6,8	3,0	3,7
Arbeitnehmerentgelt	3,6	6,0	6,8	5,2	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	18,3	3,8	6,7	-2,4	4,3

Table 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1642,8	1714,4	1857,9	1955,5	2016,5
Nettolöhne und -gehälter	1111,3	1174,8	1286,5	1355,4	1396,6
Monetäre Sozialleistungen ¹	677,1	688,5	730,6	768,5	795,2
verbrauchsnahe Steuern	145,6	148,9	159,2	168,4	175,4
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	558,7	644,2	667,0	672,9	697,0
Sonstige Transfers (Saldo)	-116,5	-109,0	-120,5	-127,6	-133,6
Verfügbares Einkommen	2085,0	2249,6	2404,4	2500,9	2579,9
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	59,2	62,8	57,7	58,5	60,3
Konsumausgaben	1840,8	2075,1	2205,6	2277,3	2357,1
Sparen	303,3	237,3	256,5	282,1	283,1
Sparquote	14,1	10,3	10,4	11,0	10,7
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	3,5	4,4	8,4	5,3	3,1
Nettolöhne und -gehälter	4,2	5,7	9,5	5,4	3,0
Monetäre Sozialleistungen ¹	2,1	1,7	6,1	5,2	3,5
verbrauchsnahe Steuern	2,6	2,2	6,9	5,8	4,2
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	5,0	15,3	3,5	0,9	3,6
Verfügbares Einkommen	3,0	7,9	6,9	4,0	3,2
Konsumausgaben	5,3	12,7	6,3	3,2	3,5
Sparen	-8,6	-21,8	8,1	10,0	0,4

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Table 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	897,6	960,8	957,6	1000,8	1041,9
Sozialbeiträge	632,2	667,1	709,9	749,2	775,2
Vermögenseinkommen	16,2	18,6	31,4	33,9	35,2
Sonst. lfd. Übertragungen	32,2	29,2	33,4	32,6	33,8
Vermögenstransfers	19,3	18,4	19,4	19,5	20,0
Verkäufe	150,1	158,3	165,5	174,8	181,5
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1747,9	1852,6	1917,4	2011,0	2087,8
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	243,7	252,2	264,0	274,5	283,7
Arbeitnehmerentgelt	307,2	320,7	337,6	351,6	363,1
Sonst. Produktionsabgaben	0,5	0,3	0,3	0,3	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,7	27,9	36,6	44,1	49,2
Subventionen	107,4	67,5	84,5	57,2	55,7
Monetäre Sozialleistungen	606,2	613,9	657,0	693,7	718,5
Soziale Sachleistungen	331,0	354,6	362,1	381,9	391,9
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	90,6	111,3	91,9	87,4	83,3
Vermögenstransfers	51,4	77,9	74,4	75,3	77,2
Bruttoinvestitionen	106,2	112,2	117,1	125,5	129,6
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,6	-1,0	-0,5	-0,5	-0,5
Ausgaben insgesamt	1864,3	1937,5	2025,0	2090,9	2152,2
Finanzierungssaldo	-116,4	-84,9	-107,5	-79,9	-64,4
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	12,2	7,0	-0,3	4,5	4,1
Sozialbeiträge	4,0	5,5	6,4	5,5	3,5
Vermögenseinkommen	-20,1	14,9	68,7	8,1	3,8
Sonst. lfd. Übertragungen	20,1	-9,5	14,5	-2,4	3,8
Vermögenstransfers	28,3	-4,7	5,6	0,5	2,6
Verkäufe	5,7	5,5	4,6	5,6	3,8
Einnahmen insgesamt	8,4	6,0	3,5	4,9	3,8
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	7,4	3,5	4,7	4,0	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,5	4,4	5,3	4,1	3,3
Sonst. Produktionsabgaben	-12,0	-32,5	10,7	0,9	5,8
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	-2,9	28,2	31,2	20,6	11,7
Subventionen	14,6	-37,2	25,3	-32,4	-2,5
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,3	7,0	5,6	3,6
Soziale Sachleistungen	8,6	7,1	2,1	5,5	2,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	9,7	22,9	-17,5	-4,8	-4,7
Vermögenstransfers	42,4	51,5	-4,4	1,1	2,5
Bruttoinvestitionen	0,5	5,7	4,4	7,2	3,3
Ausgaben insgesamt	5,7	3,9	4,5	3,3	2,9
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-3,2	-2,1	-2,6	-1,8	-1,4